

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 8.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 21. Februar 1913.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Fachstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Köln, Dalmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

## Die Aufnahme des Schiedspruchs.

Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen mußten am Mittwoch, den 12. Februar in allen beteiligten Städten Versammlungen der Arbeiter und der Arbeitgeber stattfinden, in denen die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu erfolgen hatte.

Nach den vorliegenden Mitteilungen haben unsere Verbandsmitglieder dem Schiedspruch an allen Orten ihre Zustimmung gegeben. Die Zahlstellen des sozialdemokratischen Verbandes haben in der Mehrheit zugestimmt, während der geringere Teil für die Ablehnung war. Die Arbeitgeber haben, wie die Tageszeitungen melden, in 30 größeren Städten sich für die Annahme des Schiedspruchs erklärt, während sie in 22 kleineren Städten dagegen stimmten.

Aus den einzelnen Städten liegen bis zum Redaktionsschluss folgende Abstimmungsresultate und anderweitigen Meldungen vor:

In **Amburg** nahmen sowohl unsere Kollegen, wie die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes den Schiedspruch an. Am Abend nach der Abstimmung fand dann noch eine Sitzung mit den Arbeitgebern statt. Diese erklärten, dem Schiedspruch nur zustimmen zu können, wenn die im Jahre 1914 vorgezeichnete Verkürzung der Arbeitszeit siele; sie solle erst in der nächsten Vertragsperiode eintreten. Darauf ließen sich die Kollegen nicht ein. Da trotzdem weiter verhandelt wurde, konnte über einige unwesentliche Dinge eine Einigung erzielt werden. Ueber die Bauzulage und die Montagepfesen sollte weiter verhandelt werden. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Lohnerhöhung für die Arbeitszeitverkürzung nicht bei der Steigerung der Mindestlöhne in Anrechnung komme. Die Arbeitgeber lehnten schließlich den Schiedspruch ab.

In **Barmen** stimmten die Kollegen mit 369 Stimmen gegen 7 dem Schiedspruch zu. Auch die Arbeitgeber erklärten ihre Zustimmung.

**Berlin:** Der Schiedspruch wurde von unsern Verbandskollegen gegen 7 Stimmen angenommen. Die Lohnerhöhung ging, wie in der Aussprache sich ergab, vielen Kollegen nicht weit genug. Im sozialdemokratischen Verband ergab sich ebenfalls eine große Mehrheit für den Schiedspruch. Dem geäußerten Bedenken widersprach der Bevollmächtigte Glocke, mit dem Hinweis, daß mehr wie der Schiedspruch für Berlin biete, auch nicht durch einen Kampf erzielt werden könne. — Die Arbeitgeber stimmten auch zu.

**Braunschweig:** Unsere Kollegen stimmten einmütig für die Annahme. Im sozialdemokratischen Verbande ergaben sich 174 Stimmen für, 53 gegen den Schiedspruch.

**Bromberg:** Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner stimmten fast einstimmig zu. Die Arbeitgeber verlegten die Versammlung auf Montag den 17. Februar, da sie angeblich die nötigen Unterlagen von Berlin noch nicht erhalten hatten.

In **Köln**, wo die Versammlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im neuen großen Gefellenhausaal stattfand, entschied sich die überwältigende Mehrheit für die Annahme des Schiedspruchs. 27 Stimmen waren dagegen. Der sozialdemokratische Verband stimmte ebenfalls mit großer Mehrheit zu. Die Arbeitgeber gaben 139 Stimmen für und 3 gegen den Schiedspruch ab.

In **Danzig** herrschte eine ziemliche Unzufriedenheit über den Inhalt des Schiedspruchs. Das Abstimmungsergebnis der Kollegen war folgendes: Zentralverband christlicher Holzarbeiter 47 für den Schiedspruch, 34 dagegen; sozialdemokratischer Verband: 18 für den Schiedspruch, 203 dagegen; Hirsch-Dunderscher Gewerksverein 69 für den Schiedspruch, 29 dagegen.

In **Darmstadt** fand der Schiedspruch die einstimmige Anerkennung unserer Kollegen.

**Düsseldorf:** Unsere Verbandsmitglieder stimmten in gut besuchter Versammlung einstimmig für die Annahme. Die Arbeitgeber nahmen den Schiedspruch mit großer Mehrheit an, sahen jedoch eine Einschränkung, in der es heißt, die Zugeständnisse des Schiedspruchs an die Arbeiter seien derart weitgehend, daß sie eine schwere Gefahr für die Interessen des Arbeitgeberturns in der Holzindustrie bedcuteten.

In **Dresden** stimmte der soz. Verband dem Schiedspruch mit 762 Stimmen zu. 619 Stimmen waren dagegen. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch gegen 5 Stimmen ab. Unsere Kollegen stimmten zu.

**Essen:** Die Mitglieder unseres Verbandes stimmten einstimmig für die Annahme. Die Arbeitgeber sprachen sich mit 54 gegen 23 Stimmen für die Annahme aus.

In **Hannover** fand der Schiedspruch bei unseren Kollegen einstimmige Annahme.

In **Hildesheim**, wo ein Drittel der beschäftigten Holzarbeiter bereits in Kündigung stehen, erklärten sich unsere Kollegen einstimmig für die Annahme des Schiedspruchs.

In **Höchst** haben die Fabrikanten den Schiedspruch abgelehnt. Unsere Kollegen stimmten einmütig dafür. Der soz. Verband nahm den Schiedspruch mit 207 gegen 101 Stimmen an.

In **Kattowitz** wurde der Schiedspruch von unseren Kollegen gegen drei Stimmen angenommen.

In **Königsbrunn** stimmte ein Kollege gegen die Annahme. Die übrigen Mitglieder stimmten zu.

In **Kiel** nahm der soz. Verband den Schiedspruch mit zwei Drittel Mehrheit an. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch als unannehmbar ab. Sie faßten eine Resolution, worin sie eine erneute Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes fordern. Diese Generalversammlung soll neue Vorschläge für nochmalige Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ausarbeiten.

In **Krefeld** stimmten unsere Verbandsmitglieder dem Schiedspruch mit 113 Stimmen zu. 13 Kollegen stimmten mit nein, 6 gaben weiße Zettel ab. Der soz. Verband stimmte ebenfalls zu.

In **Leipzig** sprachen sich zwei Versammlungen des soz. Verbandes gegen 410 Stimmen für die Annahme des Schiedspruchs aus. In einer Versammlung protestierten Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins gegen die Forderung des obligatorischen Arbeitsnachweises.

In **Magdeburg** stimmten alle Parteien dem Schiedspruch zu. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften sandte Freiherrn von Verlepsh wegen seiner anerkanntswerten Tätigkeit ein Begrüßungstelegramm.

**München:** Nach reger Aussprache für und gegen stimmten unsere Kollegen dem Schiedspruch zu. In der Versammlung des soz. Verbandes fand der Schiedspruch nach dem obligaten Krach ebenfalls eine ansehnliche Majorität. Die Arbeitgeber stimmten gegen 8 Stimmen zu.

In **Reiße** stimmten unsere Kollegen einstimmig für die Annahme des Schiedspruchs.

In **Posen** erklärte sich die Mitgliederversammlung unseres Verbandes mit allen gegen 7 Stimmen für die Annahme des Schiedspruchs. Die Kollegen gaben der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen möge, Durchschnitts- resp. Mindestlohnsätze im Tarif festzulegen.

In **Wittau** stimmten sowohl unsere Kollegen als auch die Arbeitgeber zu. Eine Firma ist aus dem Arbeitgeber-Schutzverbande ausgestiegen, und müssen mit dieser die Verhandlungen gesondert geführt werden.

In **Zoppot** haben die Arbeitgeber den Schiedspruch damit beantwortet, daß sie am Montag, den 17. Februar, ausperreten.

Wie die Meldungen dartun, wäre es falsch, wenn unsere Kollegen sich in Sicherheit wiegen wollten. Noch erkennt ein großer Teil der Arbeitgeber den Schiedspruch nicht an, und noch stehen alle die Fragen offen, die durch den Schiedspruch nicht erledigt wurden. In Anbetracht dessen, und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß mit dem 16. Februar eine vertragslose Zeit begonnen hat, werden die Kollegen erneut dringend gebeten, unter keinen Umständen die Arbeit niederzulegen ohne Genehmigung des Zentralvorstandes. Strengste Disziplin ist jetzt notwendiger denn je. Wie die Stimmung bei den Scharfmachern ist, erfährt man aus der letzten Nummer der Deutschen Arbeiter-Zeitung, worin es heißt:

„Vergleiche man die Forderungen der Arbeiter mit dem, was der Schiedspruch ihnen zubilligt, so erkennt man auf den ersten Blick, daß Herr von Verlepsh alles zubilligte, was gewünscht wurde, ja, noch mehr als das. Denn für die Neuerrichtung von obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweisen, die für das Unternehmen einen geradezu unerhörten Zwang bilden und die für dasselbe den sicheren Ruin bedeuten, ist durch den Schiedspruch Tür und Tor geöffnet.“

## Das Problem der Fabrikkonstitution.

Um ein lesenswertes und lehrreiches Buch hat Heinrich Freese, der bekannte Inhaber der konstitutionellen Fabrik in Niederschönhausen, wiederum die soziale Literatur bereichert. Das Studium dieser Schrift ist ein Genuß und Gewinn für alle, die in den Wirrsalen des sozialen Lebens nach klarer Erkenntnis ringen.

Freese ist einer von den wenigen „weißen Raben“ im Lager der Arbeitgeber, die Anhänger des „konstitutionellen Systems“ sind. Die geistliche Entwicklung des Wirtschaftslebens und die Wohlfahrt des Volkes erwartet er nicht von der Herrschaft Einzelner über das Ganze. Wo immer das Interesse des Einzelnen hervortritt, da soll dieser selbst über seine Geschicke mitbestimmen. Was Freese theoretisch erfährt, das hat er dort, wo er die Macht besaß, in die Praxis umgesetzt. Sein im Jahre 1909 erschienenes Buch „Die konstitutionelle Fabrik“ zeigt, daß im Freese'schen Betriebe das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter weitgehendst gewährleistet ist. Das Fabrikparlament, der Arbeiterausschuß, hat mit zu bestimmen über Fassung der Arbeitsordnung, die Akkordlöhne, die Wohlfahrts-Einrichtungen u. a. m. Die Arbeiter nehmen neben ihrem Lohn, teil an den Erträgen des Betriebes in der Form von bestimmten Lantienmengen. Zahlreiche freiwillige Einrichtungen des Arbeitgebers, die dem Wohle der Werksangehörigen dienen, stehen unter der Mithverwaltung der Arbeiter. Wer das Buch liest und von der Unvollkommenheit alles Menschlichen überzeugt ist, der bekommt die

Gewißheit, daß der Inhaber der „konstitutionellen Fabrik“ nach idealen Verhältnissen strebt und sein Wirken der Nachahmung anderer Arbeitgeber wert ist.

Das neue Büchlein, das uns Freese bescheert, trägt den Titel „Der freie Werkvertrag und seine Gegner“. Es ist bei Fischer-Jena erschienen. Wir haben hier im wesentlichen eine Ergänzung der „konstitutionellen Fabrik“ vor uns. Sie verfolgt hauptsächlich wohl den Zweck, diejenigen, die im Laufe der Zeit Ursache zu haben glaubten, an der Durchführbarkeit der Freese'schen Ideen zu zweifeln, wieder mit Vertrauen zur Sache zu erfüllen. In früheren Jahren hat Freese geglaubt, es ließe sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften patieren. Er hat infolgedessen auch keinen Wert darauf gelegt, anderorganisierte Arbeiter für seinen Betrieb zu gewinnen. Die Entwicklung hat dann von selbst dazu geführt, daß zuguterletzt fast ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Arbeiter im Betriebe tätig waren.

Doch „mit des Geschickes Mächten, ist kein ew'ger Bund zu flechten und das Unglück schreiet schnell.“ Herr Freese mußte die Erfahrung machen, daß die sozialdemokratische Ideenwelt nicht vor der Konstitution Halt macht. Nicht die Gleichberechtigung und das volle Mitbestimmungsrecht des Arbeiter sind die Endziele der sozialdemokratischen Bewegung, sondern die Beseitigung des privaten Unternehmertums und die Herrschaft des Proletariats. Welch Loren sind doch diejenigen, die da im Glauben, die Sozialdemokratie habe dieses Endziel neben anderen längst aufgegeben und sei zu einer sozialen Reformpartei geworden, nun mit dieser politische Geschäfte machen wollen!

Wie Herr Freese bestritt wurde, das ist im Buche nicht nur eine interessante Schilderung, sondern auch ein äußerst lehrreicher Beitrag zur Geschichte sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik. Ein sozialdemokratischer Arbeitgeber — dafür liegen hinreichende Beweise vor — würde bei der Verteidigung seines guten Rechts jedenfalls nicht die Geduld und Rücksicht geübt haben, wie sie Herrn Freese bei der Gelegenheit eigen war. Als man es ihm dann doch zu bunt trieb und für seine soziale Betätigung nur noch Spott und Hohn übrig hatte, brach Freese alle Brücken zur sozialdemokratischen Bewegung ab. Er verlangte von seinen Arbeitern den Austritt aus der sozialdemokratischen Organisation und stellte nur noch Leute ein, die erklärten, keinem sozialdemokratischen Verbands angehören. Der Streit ging für die sozialdemokratischen Gewerkschaften verloren.

Daß es so kam, führt Freese in seinem neuen Buche zurück auf den Werkvertrag. Unter diesem versteht Freese die Regelung der Fabrikverhältnisse, soweit die Arbeiter daran interessiert sind, unter dem Mitbestimmungsrechte des Arbeiterausschusses. Diese Einrichtung habe das Vertrauen der Arbeiter erworben, so daß trotz aller Heze ein großer Teil der Arbeiter nicht mitgereift und den sozialdemokratischen Verbänden den Rücken gekehrt hätten. Die Abmachungen mit dem Fabrikparlament hält Freese für wertvoller, als den Tarifvertrag mit den Gewerkschaften.

Fall gewinnt es den Anschein, als kokettiere Freese mit den Ideen der Selben, die bekanntlich ja fast ausschließlich das Heil der Arbeiter und der Unternehmung, nur in der festen Verkettung der Werksangehörigen mit dem Werke erblicken. Kein Fremder soll darein zu reden haben, noch sollen die Arbeiter gemeinsame Organisationen für alle Angehörigen eines Berufes bilden. Derartige Anschauungen sind ebenso wenig vernünftig, wie der Absolutismus eines Arbeitgebers. Nur der im geistigen Schauen begrenzte Arbeiter sieht nicht über die Mauern seiner Fabrik hinweg. Der geistig regsame Arbeiter sieht mehr: Er erfährt die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, sieht die Abhängigkeit eines Betriebes von dem andern, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte. Für ihn ist Ständesarbeit und Ständesorganisation etwas Notwendiges. Ihm bietet nur die Zentralorganisation für seinen Stand den gewünschten Schutz. Werkverträge, d. h. Verträge des Werksbesizers mit den Arbeitern des einzelnen Werkes, können ihm unmöglich eine ausreichende Garantie für die Wohlfahrt seines Standes sein. Ohne die Rückenstärkung der gewerkschaftlichen Organisation wird immer mehr oder minder, der Wille des Arbeitgebers den Inhalt des Werkvertrages bestimmen. Wir sind eben noch lange nicht soweit, daß alle Arbeitgeber den Standpunkt des Herrn Freese teilen. Und auch da, wo sozial-einsichtige Arbeitgeber vorhanden sind, liegt keine Garantie vor, daß es ewig so bleibt. Selbst die Erfahrungsstatistik des Herrn Freese mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften vermag die Richtigkeit von Tarifabschlüssen mit zentralen Arbeiterorganisationen nicht zu erschüttern. Wie weit sich allerdings Arbeitgeber mit sozialdemokratischen Organisationen einlassen können, ist eine Frage, die sie selbst zu entscheiden haben. Wir haben es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung immer so gehalten, daß die prinzipiellen Gewerkschaftsfragen die uns von der sozialdemokratischen Bewegung trennen immer möglichst klar in die Erscheinung treten. Ein Zusammenarbeiten gibt es nur insoweit, als unsere Grundsätze dadurch nicht verletzt werden. Unter der Gleichberechtigung

und dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter haben wir nie die Beseitigung der privaten Unternehmung verstanden. Und der korporative Arbeitsvertrag an sich gilt bei uns nicht als Waffenstillstand und Etappe zum sozialdemokratischen Endziel, sondern als das Ziel der Form des Arbeitsvertrages.

Wenn wir Tarifverträge mit den Arbeiterorganisationen in erster Linie als Form des korporativen Arbeitsvertrages fordern, ja im Interesse des Arbeiterstandes fordern müssen, so soll dabei keineswegs die Längigkeit unterschätzt werden, die ein Arbeiterausschuss dort ausüben kann, wo ein Mitbestimmungsrecht nicht nur auf dem Papier steht.

Unser prinzipieller Standpunkt zu den Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeitgeber ergibt sich aus dem Dargelegten von selbst. Zuerst kommen die Dinge, auf die der Arbeiter einen Rechtsanspruch hat: gute Löhne angemessene Arbeitszeiten, Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit.

Ueber die Stellung des Arbeitgebers im Fabrikbetriebe herrscht zwischen der Anschauung des Herrn Freeze wie er sie in seinem Buche darlegt, und derjenigen, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, nicht die geringste Differenz. Die Animosität, die wir in dem Büchlein stellenweise gegenüber der Gewerkschaftsbewegung als solche, beobachten zu können glauben, ist deshalb wenig verständlich.

Wenn gleich wir auch einige Bedenken gegen Anschauungen haben, die in dem Buche in die Erscheinung treten, so soll uns das nicht hindern, zu erklären: Das Büchlein ist eine soziale Tat! Wer wie wir im hiesigen Kampfe mit der sozialdemokratischen Bewegung steht, dem ist das Büchlein auch eine Empfehlung für das Nächstbeste, das weit, sozial-gesunde, bürgerliche Kreise gegen die christlichen Gewerkschaften erfüllt, weil diese offen und ehrlich sagen, was von der Sozialdemokratie und ihren gewerkschaftlichen Organisationsformen zu halten ist.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, das mit dem Erscheinungstermine dieser Nummer der 8. Monatsheftung für die Zeit vom 16. bis 22. Februar fertig ist.

Die nächste Nummer erhält die Genehmigung zur Erhebung eines notwendigen Zusatzbeitrags von 30 Pfg. (Gesamtbeitragsbeitrag 80 Pfg.).

Bestandene Bücher. Herr Deisinger, Schäfer Nr. 42092, Georg Bild, Wagner Nr. 71397, Franz Großer, Wagner Nr. 69028.

Beizugsstellen. Den Beizugsstellen gehen in dieser Woche die Karten zur Verfügung zu. Die Karten werden zum Preise von 10 Pfg. pro Card abgegeben. Mit dem Betrage sollte

man ungekündigt beginnen. Die eingenommenen Beträge sind möglichst bald und unabhängig von sonstigen Selbstbungen an die Geschäftsstelle abzuführen.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Metall- und Fabrikarbeiter: Kenden i. W. (Metallwarenfabriken). Schreiner: Rehheim (Schupp).

Ein Erfolg für die Korbmacher in Hirschaid. Nachdem im vergangenen Sommer sowohl für die heimarbeitenden Korbmacher, wie auch für die Werkstättenarbeiter bei den verschiedensten Firmen, soweit die Kollegen auf geschlagene Arbeit schafften, namhafte Verbesserungen der Lohnverhältnisse erzielt worden, äußerten auch die in der Kinderrwagenbranche beschäftigten Kollegen den Wunsch, es möge zur Verbesserung ihrer Verhältnisse auch etwas geschehen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Herdingen. Auf der hiesigen Waggonfabrik wäre es infolge der plötzlichen Entlassung des Stellmachers Knott, welche von der gesamten organisierten Kollegenchaft als Maßregelung empfunden wurde, fast zur Arbeitslosigkeit gekommen. Die Arbeitsniederlegung lag uns nahe, als bereits wegen der Hochhaltung des abgeschlossenen Tarifvertrages ernste Differenzen bestanden.

Schneidmühl. Am 11. Januar fand im hies. Gesellschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zu dieser war auch Kollege Erpenbeck-Münsterberg erschienen. Die Teilnahme der Kollegen an der Versammlung war eine gute. Kollege Höflich gab den Jahresbericht für das Jahr 1912.

Wien. Das Jahr 1912 war für die Entwicklung der Zahlstelle ein günstiges. Die Mitgliederzahl konnte von 1088 auf 1233 gesteigert werden. Aufnahmen waren 590 zu verzeichnen; Austritte aus anderen Verbänden 65. Die Gesamteinnahmen betragen 1912 52217 Sch., die Ausgaben 42509 Sch.

Rehheim i. Z. Am Mittwoch den 23. Januar hielt unsere diesjährige Generalversammlung ab, an der auch unser Kollege Metzger teilnahm. Nachdem vom Schriftführer das Protokoll aus der letzten Generalversammlung verlesen, gab der Vorsitzende, Franz Klein, den Jahresbericht bekannt.

Agitation hätte besser betrieben werden können. Wir hatten 14 Neuaufnahmen und einen Uebertritt zu verzeichnen. Erfreulicherweise befinden sich unter den neugewonnenen Kollegen auch wieder einige Ansfällige, wodurch uns ein fester Stamm gesichert ist. Der Jahresbericht zeigte, daß die Finanzlage eine bessere geworden ist.

Dortmund. „Deutschlands Industrie und Handel“ lautete das Thema, über das Herr Professor Dr. Eichhoff-Hamm in einer Vertrauensmännerfestung des Distrikts der christlichen Gewerkschaften hier selbst sprach. „Vor hundert Jahren“, so führte Redner aus, „war es in Deutschland noch sehr schlecht bestellt mit Handel und Industrie.“

Nach dem großen Kriege 1812-13 hat denn die Regierung weitere Verkehrswege geschaffen. So nahm der Handel wieder lebhaftere Formen an. Nach den Schaffenen entstand ein neuer, viel besserer Verkehrsweg, die Eisenbahn.

Ein guter, noch billigerer Verkehrswege wie die Eisenbahn ist die Schifffahrt. Aber bis 1870 hatte Deutschlands Handelschifffahrt fast noch keine Bedeutung. Heute gehen 60% des deutschen Handels über den Wasserweg.

In den letzten Jahrzehnten hat sich Deutschlands Wirtschaftsleben besonders unter der Schutzpolitik sehr stark entwickelt. Unser Handel hat den anderer Länder fast eingeholt, teilweise überflügelt. In besonders hoher Blüte steht bei uns die Raft-, Kohlen- und Eisenindustrie.

Während unsere Großindustrie immer mehr voranschreitet, geht die Hausindustrie den Rückgang. Auch die Ausichten des Handwerkers, selbständig zu werden, sind geringer geworden. Es besteht schon jetzt die Gefahr, daß nur noch 20% der Handwerker selbständig werden.

Die Industrie hat sich berari entwickelt, daß Deutschland gar nicht in der Lage war, die geforderten Arbeitskräfte selbst zu stellen. Weil aber die Arbeitskräfte beigebracht werden mußten, stellten die Großunternehmer ausländische Arbeitskräfte ein.

Der größte Prozentatz der deutschen Arbeiter, nämlich 64%, arbeitet in der Industrie. In der Landwirtschaft sind nur 36% der Arbeiter beschäftigt. Dieses gibt nun Denken Anlaß.

Woher kommt es nun, daß die deutsche Industrie so gewaltig in den letzten Jahren sich entwickelt hat, und fast den ersten Platz in der Welt einnimmt? Durch den Erfindungsgeist der Techniker ist der deutsche Markt im Maschinenwesen berühmt geworden: deutsche Techniker sind auch heute noch bestrebt, besseres zu schaffen und in häßer Arbeit auszuhalten.

Am 18. Januar fand im schwarzen Bären unsere Generalversammlung statt. Aus dem Jahresbericht konnte man entnehmen, daß trotz verschiedener mißlicher Umstände, in dem vergangenen Sturmbelegten Jahr die Zahlstelle ihren Mitgliederbestand noch etwas erhöhen konnte.

Am Sonntag den 26. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht, dem zu ent-



Abrechnung des Verbandes für das IV. Vierteljahr 1912.

I. Hauptkasse.

A. Einnahmen und Ausgaben.

Table with columns for Einnahmen (a) and Ausgaben (b) with various categories and amounts.

Table with columns for Einnahmen (a) and Ausgaben (b) with various categories and amounts, including a balance sheet section.

b) Ausgaben:

Table listing expenses (Ausgaben) with categories like Reiseunterstützung, Krankheitsunterstützung, etc.

C. Abschluß.

Table showing the closing (Abschluß) with columns for Einnahmen and Ausgaben.

D. Bestand für das IV. Vierteljahr 1912:

Table showing the closing balance (Bestand) for the IV quarter of 1912.

Die Abrechnung vom IV. Vierteljahr 1912 wurde von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend gefunden.

Mloys Heinhald, Jakob Dätendung, Johann Pella, Rudolph Boigt.

Table comparing expenses (Ausgaben) for the IV quarter of 1912, III quarter of 1912, and IV quarter of 1911.

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich gegenüber dem Vorvierteljahr um 32 Mk. und gegenüber dem IV. Vierteljahr 1911 um 29 Mk. vermindert.

Eine Erhöhung erfuhren die Einnahmen an Beiträgen um 3 757 Mk. gegenüber dem III. Vierteljahr 1912.

776 Mk. mehr wie im Vorvierteljahr und 1586 Mk. mehr wie im IV. Vierteljahr 1911 gingen an Ortsbeiträgen ein.

Für Reiseunterstützung wurden 1805 Mk. weniger wie im III. Vierteljahr 1912 und 273 Mk. mehr wie im IV. Vierteljahr 1911 verausgabt.

Die Krankheitsunterstützung sank um 175 Mk. im Vergleich zum Vorvierteljahr und um 55 Mk. gegenüber dem IV. Vierteljahr des Vorjahres.

Um 6138 Mk. stieg die Arbeitslosenunterstützung gegenüber dem III. Vierteljahr 1912 und um 4994 Mk. gegenüber dem IV. Vierteljahr des Vorjahres.

Die Streikunterstützung verminderte sich gegenüber dem Vorvierteljahr um 6 839 Mk., und war um 184 Mk. niedriger wie im IV. Vierteljahr 1911.

893 Mk. mehr wie im Vorvierteljahr und 2722 Mk. mehr wie im IV. Vierteljahr 1911 erforderte die Krankheitsunterstützung.

Die Ortskassen verausgabten insgesamt 8 539 Mk. in Unterstützungen. Davon entfielen auf Reiseunterstützung 136 Mk. auf Streik- und Krankheitsunterstützung 1130 Mk., auf Arbeitslosenunterstützung 2020 Mk. und auf Krankheitsunterstützung 3969 Mk.

Aus Haupt- und Ortskassen wurden insgesamt ausgegeben (für) Reiseunterstützung 1 302,78, Krankheitsunterstützung 171,50, Arbeitslosenunterstützung 11 997,29, Streik- und Ausperrungen 9 554,72, Rechtschutz 402,64, Sterbegeld 1 197,-, Krankheitsunterstützung 15 350,86, Militärunterstützung 1 147,50, Sonstige Unterstützungen 1 282,20.

Demnach insgesamt 43 041,49 Mk.

Der Kassenbestand stieg um 56 941,61 Mk. bei der Hauptkasse und um 7 231,04 Mk. bei den Ortskassen, insgesamt also um 64 172,65 Mk.

Folgende Zahlstellen meldeten die beigefügten Mitgliedszunahmen: Hirschfeld 25, Schweinfurt 10, Wiesenthal 17, Windisch-Eichenbald 12, Colmar 12, Heilbronn 12, Karlsruhe 17, Altschiffenburg 11, Gladbach 13, Höchst 10, Bonn 39, Cleve 56, Arafeld 40, Düren 13, Hamm 10, Barmen 20, Menden 26, Bismarckhagen 11, Dinklage 12, Gütersloh 10, Löhne 17, Colmar 16, Ortelsberg 56, Felsenberg 10, Reiffe 35, Rautsch 12.

Es wäre zu wünschen, daß alle Kollegen, deren Verbandsmitgliedschaft das Ausfüllen von Bordruden mit sich bringt, stets alle auf diesen Bordruden ausfüllen würden.

Auch an sich unheimlich bare Dinge dienen der Ordnung in der Verbandsverwaltung. Einige Beispiele: Die Unterstützungsbelege werden an der Geschäftsstelle nach Namen der Unterstützungsbezieher geordnet, nicht zahlstellenweise.

Fehlt nun auf dem Beleg der Zahlstellenstempel, so muß der Hauptkassierer erst auf jeden Beleg den Zahlstellenamen schreiben, bei einigen tausend Belegen eine sehr geistreich beschäftigte, die der Kassierer am Ort mit einigen Hauptgriffen erledigt hätte.

Judem werden fast alle Angaben statisch verwertet. Seit einigen Jahren wird eine Statistik über die Krankheiten der Kollegen geführt.

Fehlt die Krankheitsangabe auf dem Unterstützungsbeleg, so hat die Statistik ein Loch, da um so größer wird mit der steigenden Zahl der fehlerhaften Belege.

Die Angaben über die Berufszugehörigkeit der Mitglieder oder die Tätigkeit der Zahlstelle usw. werden oft vergessen.

Viele Nachfragen, durch die Zeit und Geld verschwendet wird, führen erst zum Ziel.

Auch die Angabe: „Alles wie früher ist verfehlt. Wenn in 300 Zahlstellen die Angaben einzeln gemacht werden, ist's eine kleine Arbeit, soll sich dagegen der fertiger einer Statistik aus 1000 Bordruden die Angaben holen die eigentlich in 300 stehen sollten, so ist das eine tolle zu bewältigende Arbeit mit dem Endergebnis: Verschwendung von viel Zeit und Geld, also Dingen, die man viel mehr bringen hätte verwenden können, wenn alle Verbandsverwaltungen volles Verständnis für ihre Aufgaben hätten.

Man beachte bitte: Jede Rubrik auf jedem Bordrud hat ihren bestimmten Zweck. Nicht ausgefüllte Rubriken fördern die geordnete Verwaltung und machen unnützen Aufwand an Zeit und Geld nutzlos.

Alle Kollegen, die es angeht, wollen das Vorstehende beachten und darnach handeln.

J. Wild.

II. Ortskassen.

Table for Ortskassen Einnahmen (a) with categories like Bestand vom III. Vierteljahr 1912, Ortsbeiträge, etc.

Table for Ortskassen Abschluß (b) with columns for Einnahmen and Ausgaben.

Table for Ortskassen Ausgaben (a) with categories like Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, etc.

Table for Ortskassen Abschluß (b) with columns for Einnahmen and Ausgaben.

Zur Abrechnung.

Im Berichtsvierteljahr wurde darauf geachtet, die Abrechnung etwas früher, wie sonst üblich zur Berücksichtigung zu bringen.

Ueberhauptlich sind eine Reihe Einnahmen und Ausgaben nachfolgend zum Vergleich gebracht.

Table comparing income (Einnahmen) for the IV quarter of 1912, III quarter of 1912, and IV quarter of 1911.

Eingelegte Journale für Kahlthige, Schatteln und Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pf. in Briefmarken.

Gebr. Müller, Metzgerstr. 7, Düsseldorf, Theaterstraße 7.

Tischler. Jede angesehene deutsche Tischlerwerkstatt mit als nachschneidende Arbeit auf feinerste Arbeit.

Modellschreiner. Für wertvolle Modelle und Zeichnungen.

Tüchtige Schreiner. Werden gesucht.

Advertisement for Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf. Tages-Kurse für Schreiner.

Advertisement for Licht, Tischler und Polierer.

Advertisement: Wichtig für Holzarbeiter! Das Berechnen des Kreisbogenradius...

Advertisement: Die Dachstuhl- u. Treppenbaukunst.

Advertisement: Holzdrechler gesucht.

Advertisement: Holzdrechler nach Köln gesucht.

Advertisement: Wir suchen zur baldigen Ausendung... Tischler und Zimmerleute.